

führen. Den Arbeitern nützt es nicht das geringste, wenn einige Gewerkschaftsführer in Westdeutschland erklären, daß aus dem Proletariat, dem sogenannten, wie sie sagen, Wirtschaftsuntertan von gestern jetzt ein sogenannter Wirtschaftsbürger geworden sei, weil ein paar Gewerkschaftsfunktionäre in Aufsichtsräten sitzen und sich dort für die Konzerne verantwortlich fühlen. Das hat die Konzernherren nur gestärkt und die Lage der Werktätigen verschlechtert. Die Entwidung vom „Wirtschaftsuntertan“ zum „Wirtschaftsbürger“ hat Nörpel doch schon auf dem 11. Gewerkschaftskongreß im Jahre 1922 verkündet, und jeder weiß, wohin das geführt hat. Nicht ein solches auf die Täuschung der Arbeiter berechnetes Gerede brauchen die ausgebeuteten westdeutschen Arbeiter, sondern Gewerkschaften, die ihre Festung im Kampf gegen das Monopolkapital und den Militarismus sind.

Das Kampfprogramm der Gewerkschaften muß ein Programm der Entwicklung der Friedenswirtschaft, der Vollbeschäftigung, des Kampfes gegen Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, für Preis- und Steuersenkungen, für höhere Löhne, für sozialen Wohnungsbau und Verbesserung der Sozialversicherung, für Demokratisierung von Wirtschaft und Verwaltung, für Ausdehnung des innerdeutschen Handels und des friedlichen Handels mit dem Osten sein. Dieses Programm muß ein Programm des Kampfes gegen den Militarismus, gegen die EVG, für die Sicherung und Erweiterung der demokratischen und gewerkschaftlichen Rechte und Freiheiten sein.

Diese Arbeiterforderungen können nur gegen das Bonner Regime, gegen die Konzernherren und Militaristen durchgesetzt werden. Was die westdeutschen Arbeiter jetzt brauchen, ist die sofortige Aufnahme des Kampfes, ehe es zu spät ist, ehe die tödliche Gefahr zu einer unabänderlichen Tatsache geworden ist.

Die Gewerkschaftsführer erklären jetzt, die Sache sei doch nicht so gefährlich, und wenn es ernst werde, dann wären die Gewerkschaften noch da. Wir müssen den westdeutschen Kollegen erklären: Die Sache ist sehr ernst, und wenn man eine Katastrophe verhindern will, dann muß man jetzt kämpfen und darf nicht auf „Wunder“ warten.

Auf Grund dieser Lage in Westdeutschland müssen wir alle eine Politik der Unterstützung der Arbeiter Westdeutschlands, eine Politik der immer fester werdenden Aktionseinheit mit ihnen durchführen. Wir müssen vor dem Parteitag kritisch feststellen, daß die An-